

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Rede des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, bei der Jahresabschlussitzung des Kreistages Würzburg, 4.12.2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine besondere Freude, dass ich gerade heute, an dem Tag, an dem Sie Besuch aus Israel haben, an Ihrer Sitzung teilnehmen darf. Und ich bin so frei, unsere israelischen Freunde auch im Namen des Zentralrats der Juden in Deutschland und als Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken herzlich willkommen zu heißen!

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und auch ich persönlich fühle mich Israel zutiefst verbunden. Ich hoffe, dass Sie in Deutschland schöne Tage verleben werden und wünsche Ihnen viele bereichernde Begegnungen!

Meine Damen und Herren,

hier im Kreistag Würzburg laden Sie zu Ihrer Jahresabschlussitzung regelmäßig externe Gäste ein und blicken gemeinsam mit ihnen über den Tellerrand hinaus. Oder besser gesagt: Sie blicken über die Landkreis-Grenzen hinaus.

Nun muss ich gestehen: Auf den ersten Blick bin ich dafür genau der Falsche. Ich bin ein echter Würzburger Bub, der sein ganzes Leben hier verbracht hat. Familiär geht mein Blick über den Tellerrand am ehesten nach Bad Brückenau, wo mein Großvater einst ein Hotel hatte und wo wir bis heute diese Immobilie besitzen. Und Bad Brückenau gehört zwar nicht mehr zu unserem Landkreis, aber ist nun nicht gerade sehr weit weg.

Doch ich kann Sie beruhigen: Mein Amt als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland führt mich nicht nur quer durch diese Republik, sondern mitunter bis New York oder sogar Südamerika.

Daher freue ich mich sehr, dass Sie mir heute Gelegenheit geben, mit Ihnen quasi einen jüdischen Blick auf die aktuelle Lage zu werfen und Ihnen einen Einblick in die derzeitige Stimmungslage der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu geben.

Vielen Dank für die Einladung!

Im Landkreis Würzburg leben rund 160.000 Einwohner. Das allein sind schon deutlich mehr Menschen als Mitglieder in unseren jüdischen Gemeinden. Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist der Dachverband von 105 Gemeinden unterschiedlicher religiöser Ausrichtung mit insgesamt knapp 100.000 Mitgliedern.

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hinzu kommt in Deutschland noch eine gewisse Zahl von Menschen, die so wie die meisten unserer Gemeindemitglieder seit 1990 aus der ehemaligen Sowjetunion als jüdische Kontingentflüchtlinge eingewandert sind. Einige von ihnen haben allerdings nur einen jüdischen Vater, so dass sie nach der Halacha, also dem jüdischen Religionsgesetz, nicht jüdisch sind, und daher nicht in eine Gemeinde aufgenommen werden konnten. Wie hoch daher die Gesamtzahl der Juden in Deutschland ist, lässt sich nur ungefähr beziffern. Sie liegt bei etwa 200.000.

Sie wundern sich vielleicht, dass ich diese Zahlen an den Anfang stelle. Das ist mir wichtig, weil es viele Bürger gibt, die denken, es lebten ebenso viele Juden in Deutschland wie Muslime. Das ist bei weitem nicht der Fall. Schließlich gehen wir bei Muslimen von vier bis fünf Millionen aus.

Der Eindruck, es seien ebenso viele Juden, rührt vermutlich daher, dass das Judentum im Gegensatz zum Islam die deutsche Kultur über Jahrhunderte geprägt hat. Und trotz der fast totalen Vernichtung des Judentums durch die Nationalsozialisten haben es selbst die Nazis nicht geschafft, diese Prägung und alle Spuren auszulöschen.

Der Bruch durch die Schoa ist dennoch bis heute zu spüren. Erst ganz langsam und in zarten Ansätzen gelingt es uns, an die Vorkriegszeit anzuknüpfen, indem wir zum Beispiel in Deutschland wieder Rabbiner ausbilden und immer mehr Gemeinden mit eigenen Rabbinern ausstatten können. Jahrzehntlang kamen die Rabbiner aus dem Ausland und versorgten häufig als Wanderrabbiner mehrere Gemeinden.

Insgesamt kann ich sagen: Auch wenn es sicherlich Sorgen gibt – und darauf werde ich noch zu sprechen kommen – so blickt die jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik auf gute Jahrzehnte zurück und betrachtet Deutschland als ihr Zuhause.

Die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion habe ich bereits erwähnt. Sie brachte es allerdings auch mit sich, dass wir eine gewaltige Integrationsleistung erbringen mussten: Bei uns mussten zehn Prozent 90 Prozent integrieren – das war eine Kraftanstrengung. Eine Anstrengung, die sich gelohnt hat.

Die Einwanderergeneration ist mittlerweile angekommen in Deutschland. Sie ist zu einer der Stützen unserer Gemeinden geworden. Leider haben nicht wenige der älteren Zuwanderer finanzielle Nöte, weil sie von der Grundsicherung leben müssen. Der Zentralrat der Juden kämpft seit Jahren darum, dass – wie es bei den Spätaussiedlern der Fall ist - die in der Sowjetunion erworbenen Renten-Beitragsjahre anerkannt werden. Wir hoffen sehr, dass wir mit der neuen Bundesregierung, wenn sie denn nun endlich gebildet ist, zu einer Lösung kommen werden.

Trotz dieser sozialen Lage sind viele unserer Einwanderer in der Regel zufriedene Menschen. Das liegt vor allem an der erfolgreichen Integration ihrer Kinder und Enkel.

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Zu Recht blicken sie mit Stolz darauf, mit welcher Zielstrebigkeit ihre Nachkommen in Deutschland ihren Weg machen.

In den jüdischen Gemeinden haben wir durch den Zuzug der Einwanderer gelernt: Das Aufeinandertreffen von Alt und Neu, von so unterschiedlichen Mentalitäten und Prägungen ist zu Beginn schwierig. Es führt auch manchmal zu Reibereien.

Doch es lohnt sich, einen langen Atem zu haben. Denn letztlich sind unsere Gemeinden nicht nur größer geworden. Sie sind auch reicher an Kultur und an Perspektiven geworden.

Ein ganz konkretes Beispiel möchte ich Ihnen geben: Vor 1990 wurde in den jüdischen Gemeinden stets am 9. November an die Pogrome von 1938 erinnert. Unsere neuen Gemeindeglieder aus der ehemaligen Sowjetunion brachten einen neuen Gedenktag mit: den 9. Mai. Die ehemaligen Befreier von Nazi-Deutschland feiern den Tag des Sieges. Und obwohl sehr viele Juden aus der Sowjetunion im Krieg Familienmitglieder verloren und gelitten haben, brachten sie uns die Mentalität der Sieger mit.

Warum ich hier so ausführlich von der Zuwanderung berichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, dürfte auf der Hand liegen.

Wir stehen heute wieder vor der Aufgabe, viele Tausend Menschen in unsere Gesellschaft integrieren zu müssen. Seit 2015 sind mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Ein erheblicher Teil von ihnen wird sicherlich zumindest für einige Jahre hier bleiben. Sie müssen nicht nur unsere Sprache lernen, sondern mit unserer Kultur und unseren Werten vertraut gemacht werden. Sie müssen auch lernen, dass Hitler hier nicht als Held verehrt wird und Israel nicht der Todfeind ist, wie ihnen das in vielen ihrer Heimatländer vermittelt wurde. Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau dürfte für viele Flüchtlinge ebenso fremd sein wie Homosexualität. Von der ‚Ehe für alle‘ ganz zu schweigen.

Daher ist es angezeigt, die Lehrpläne der Integrationskurse noch einmal kritisch zu prüfen. Nehmen wir uns genügend Zeit, um unsere Werte zu vermitteln? Welchen Stellenwert nehmen die NS-Zeit und die Schoa in diesen Kursen ein? Was sagen die Lehrer zu Israel und dem Nahostkonflikt?

Ich denke, es ist wirklich eine große Herausforderung und eine immens wichtige Aufgabe, Menschen aus Syrien, dem Irak oder anderen mit Israel verfeindeten Staaten unsere Haltung nahezubringen. Das ist nicht nur für uns Juden wichtig, sondern für die gesamte Gesellschaft. Es wird uns nicht gelingen, einen bestimmten Grundkonsens, einen bestimmten Wertekanon zu bewahren, wenn große Gruppen in der Bevölkerung ihn ablehnen. Solche Menschen lassen sich auch leichter radikalieren. Es gilt also, in jeder Hinsicht vorzubeugen.

2015 habe ich in einem Artikel für die Wochenzeitung „Die Zeit“ die Integration der Flüchtlinge mit einem Marathonlauf verglichen. Das kann ich hier nur bekräftigen. Die

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Integration ist wie ein kräftezehrender Marathonlauf. Wer es aber ins Ziel schafft, wird immer sagen, die Mühe hat sich gelohnt.

Denn klar ist zugleich auch: Wir können und müssen uns zwar anstrengen, die Zuwanderung besser zu steuern. Aber das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention sind Errungenschaften, die nicht in Frage stehen dürfen.

In unserer jüdischen Gemeinschaft schlagen daher beim Thema Flüchtlinge zwei Herzen in unserer Brust: Die Erinnerung, dass Juden nach 1933 verzweifelt vor verschlossenen Grenzen standen, ist bei uns sehr präsent. Zugleich verunsichert uns die Tatsache, dass sehr viele Menschen nach Deutschland gekommen sind, die Israel und Juden generell für das Böse schlechthin halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass jüdisches Leben heutzutage in Deutschland auf eine große Toleranz, ja sogar nicht selten auf Zuneigung trifft. In unseren Gemeinden machen wir die Erfahrung, dass bei einem Tag der offenen Tür oder jüdischen Kulturtagen in der Regel mehr Besucher kommen, als wir eigentlich bewältigen können.

Auch wenn es um Initiativen für neue Mahnmale, für Stolpersteine oder dann um die bauliche Umsetzung eines neuen Gedenkortes geht, empfinden wir dieses Engagement von nicht-jüdischer Seite als sehr ermutigend.

In unserem Landkreis gibt es dafür zahlreiche Beispiele.

So bin ich etwa sehr gespannt auf die weitere Entwicklung unseres dezentralen Mahnmals „GedenkOrt Aumühle“ zur Erinnerung an die Deportation der unterfränkischen Juden. Nachdem jetzt der „Weg der Erinnerung“ Gestalt angenommen hat, kommt nun die nächste Phase: Alle 109 unterfränkischen Gemeinden, in denen 1933 noch Juden lebten, sollen Gepäckstück-Skulpturen erarbeiten. So werden wir künftig in diesen Gemeinden eine Skulptur in Form eines Koffers oder Rucksacks finden. Und das gleiche Gepäckstück finden wir dann am „GedenkOrt Aumühle“ ein zweites Mal. Sie sind den Gepäckstücken nachempfunden, die die Menschen damals auf ihrem Weg in die Vernichtungslager dabei hatten.

In Kombination mit den Erläuterungen auf den Stelen und Schildern sowie den Informationen, die über das Smartphone abrufbar sein werden, wird hier meines Erachtens eine Form der Erinnerung entstehen, die auch junge Menschen ansprechen wird. Die eigentlich unfassbaren Verbrechen der Schoa werden damit etwas greifbarer, etwas konkreter. Das Geschehen rückt auch räumlich näher. Die Israelitische Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken beteiligt sich daher sehr gerne an dieser Initiative. Zu danken ist allen voran Benita Stolz und Helmut Försch, die sich nicht nur seit Jahren für die Verlegung von Stolpersteinen engagieren, sondern auch bei der Erarbeitung dieses dezentralen Mahnmals maßgeblich waren. Ebenso ist Architekt Matthias Braun zu erwähnen.

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Ich hoffe sehr, dass sich alle 109 Gemeinden an dem Projekt beteiligen und appelliere an Sie, verehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, dieses Mahnmal nach Kräften zu unterstützen!

Zugleich begrüße ich es sehr, wenn sich das Interesse am Judentum nicht auf die Schoa beschränkt.

Mit der Kreisgedenkstätte in der ehemaligen Synagoge Gaukönigshofen haben wir wirklich ein Kleinod in unserer Region. Hier können Besucher nachempfinden, was Landjudentum in Unterfranken bedeutete. Auch die Mikwe und das alte „Schutzjudenhaus“ geben Einblicke in das jüdische Leben, das es einst in so reicher Form in Unterfranken gab.

Das Gleiche gilt für die Zeller Laubhütte. Auch sie erzählt viel über das Leben der unterfränkischen Juden. Und zugleich weckt sie auch Fragen danach, wie Juden heute das Laubhüttenfest feiern.

Eine weitere Facette jüdischen Lebens in Deutschland und in Israel wird sicherlich auch sichtbar werden im kommenden Jahr bei der Aktion „Würzburg liest ein Buch“: Im Mittelpunkt wird der erst in diesem Jahr auf Deutsch erschienene Roman „Nicht von jetzt, nicht von hier“ von Jehuda Amichai stehen, dem berühmten israelischen Schriftsteller, der einst, nämlich 1924, als Ludwig Pfeuffer in Würzburg geboren wurde.

Sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich jetzt nicht *alle* Gedenkstätten und Initiativen aufzähle, ich möchte Ihre Geduld auch nicht überstrapazieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gerade Juden haben aufgrund der Geschichte feine Sensoren, wenn sich das gesellschaftliche Klima wandelt. Wenn öffentlich Worte gewählt werden, die aus gutem Grund bisher ein Tabu waren.

Und seit einiger Zeit macht sich daher in unserer Gemeinschaft eine Unruhe breit. Ich habe dies bereits in anderen Reden thematisiert. Doch es ist mir wichtig, auch in diesem Gremium auf das Problem des wachsenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus einzugehen.

Die AfD lag zwar mit ihrem Wahlergebnis bei der Bundestagswahl hier im Landkreis unter dem Bundesschnitt, aber mit rund acht Prozent hat sie viel zu gut abgeschnitten. Vor allem wenn wir bedenken, dass ihr Kandidat hier so gut wie gar nicht aufgetaucht ist und völlig unbekannt war.

Bei der AfD haben wir es meiner Meinung nach nicht nur mit einer rassistischen und revisionistischen Partei zu tun, sondern auch mit einer Partei, die Teile unseres Grundgesetzes missachtet und demokratische Werte diskreditieren will.

Eine ethnisch homogene Gesellschaft scheint ihr Idealbild zu sein. Und das im 21. Jahrhundert!

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin
Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13
E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de
Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>
Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Ich frage mich daher oft: Wo will die AfD eigentlich hin? Ins Deutschland der 1950er Jahre? Oder gar in die 30er Jahre?

Mit dieser Rückwärtsgewandtheit kommt die AfD offenbar einem Teil ihrer Wählerschaft stark entgegen. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung unmittelbar nach der Bundestagswahl wurden AfD-Wähler als „zukunftsängstliche Modernisierungsskeptiker“ charakterisiert. Die Stiftung sieht zwischen Modernisierungsskeptikern und Modernisierungsbefürwortern eine „neue Konfliktlinie der Demokratie“.

Mit permanenten Sticheleien gegen Ausländer, gegen Asylbewerber, gegen Muslime, gegen Homosexuelle schürt die AfD bei diesen Modernisierungsskeptikern Ressentiments, die leider immer noch in unserer Gesellschaft schlummerten und nun wieder wachgerüttelt wurden. Sie nimmt damit wissentlich in Kauf, dass es mit verbalem Zündeln anfängt und mit brennenden Asylbewerberheimen aufhört.

Diese Anmaßung einer Partei, bestimmen zu wollen, welche Menschen tolerabel sind und welche nicht – läuten da eigentlich nur in der jüdischen Gemeinschaft die Alarmglocken?

Nimmt die Mehrheit der Gesamtbevölkerung dies achselzuckend oder gar mit heimlicher Zustimmung einfach hin? Sehr schnell wurde nach der Bundestagswahl fast beschwichtigend betont, die AfD-Anhängerschaft bestehe überwiegend aus Protestwählern.

Ja, aber diese Protestwähler waren auch noch bereit, die AfD zu wählen, als der rechte Flügel deutlich die Oberhand gewonnen hatte. Rassistische und andere diskriminierende Äußerungen nahmen diese Wähler zumindest billigend in Kauf. Ob sie eigentlich den Inhalt von Artikel eins des Grundgesetzes kennen?

Und in der jüdischen Gemeinschaft sind wir uns völlig im Klaren: Früher oder später sind auch wir Juden an der Reihe. Ein Verbot des Schächtens wurde bereits in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufgenommen. Auch im Niedersachsen-Wahlkampf sprach sich eine Kandidatin auf ihrem Wahlplakat dagegen aus. Religionsfreiheit ist für die AfD offenbar kein hohes Gut.

Für uns als Zentralrat der Juden sehen wir daher keine Möglichkeit, mit der AfD zusammenzuarbeiten. Das habe ich mit meinem französischen Pendant, dem Präsidenten des Dachverbands der Juden in Frankreich, jüngst in einem Gastbeitrag deutlich gemacht. Die französischen Juden stehen vor dem gleichen Problem mit dem Front National.

In unserem Beitrag, der Anfang Oktober in der „Welt“ und im „Figaro“ erschien, haben wir daher formuliert: AfD und Front National sind keine Partner für uns, sondern eine Bedrohung des jüdischen Lebens in Deutschland und Frankreich. Wir haben unseren Kommentar in einen eindringlichen Appell münden lassen: So wie wir, die Juden in Deutschland und die Juden in Frankreich, gegen den Rechtspopulismus

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

zusammenstehen, sollte ganz Europa den Kampf gegen rechtspopulistische Parteien aufnehmen – gegen Kräfte, die unsere europäischen Werte, unsere Gemeinschaft und letztlich unsere Freiheit gefährden!

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

was mich an der AfD besonders abstößt, ist ihre vermeintliche Freundschaft mit Israel. Sie tun so, als sei Israel ein zutiefst Islam-feindlicher Staat und liege damit quasi auf AfD-Linie. Dabei übersehen sie im Übrigen völlig, dass es mehr als eine Millionen arabische, sprich muslimische Israelis gibt. Wenn auf Pegida-Demonstrationen Menschen mit Israel-Fahnen herumlaufen, dann tun sie dies nicht, weil sie wirklich solidarisch sind mit Israel, sondern weil sie den jüdischen Staat für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen, nämlich zum Zweck der Ausgrenzung von Muslimen.

Auf solche Freunde kann Israel und kann auch die jüdische Gemeinschaft in Deutschland gut verzichten!

Mit ihrer angeblich pro-israelischen Haltung kann die AfD allerdings auch deshalb so leicht Aufmerksamkeit erzielen, weil in Deutschland mittlerweile die Freundschaft zu Israel leider gefährdet ist.

In dem in diesem Jahr veröffentlichten Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, der vom Bundestag eingesetzt wurde, wird dem Israel-bezogenen Antisemitismus sehr viel Raum gewidmet. Die Experten kommen zu dem Ergebnis, dass er bei 40 Prozent der Bevölkerung festzustellen ist. Schon allein aufgrund dieses hohen Anteils wird deutlich: Diesen Antisemitismus finden wir nicht nur am linken oder rechten politischen Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft.

Es geht dabei um Urteile über Israel, die weit über Kritik hinausgehen. Dann wird zum Beispiel das Existenzrecht Israels in Frage gestellt oder alle Juden unter Generalverdacht. Israel wird zudem häufig mit anderen Standards gemessen als andere Staaten. Die moralischen Kriterien, die ausgerechnet von Deutschen an Israel angelegt werden, sind strenger.

Manchmal gewinne ich den Eindruck, dass Israelis geradezu genüsslich als Täter dargestellt werden. In der Israel-Berichterstattung vieler Medien geraten zum Beispiel die Ursachen für israelische Militäreinsätze meist völlig in den Hintergrund. Raketenbeschüsse oder Messerattentate durch Palästinenser auf Israelis oder neu entdeckte Tunnel der Terror-Organisation Hamas werden nicht genannt, die Reaktion der Israelis wird dann aber ausführlich dargestellt und gerne als überzogene Racheaktion kritisiert.

Was steckt hinter dieser massiven Israel-Kritik?

Das ist zum einen die berühmt-berüchtigte Schlussstrich-Mentalität, verknüpft mit einer Täter-Opfer-Umkehr. Zum anderen finden sich in mancher Argumentation nicht selten uralte antisemitische Stereotypen wieder. Zum Beispiel, wenn behauptet wird, Israelis

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

hätten Trinkwasser für die Palästinenser verschmutzt. Das ist die alte Stereotype vom jüdischen Brunnenvergifter. Auch eine Parole wie „Kindermörder Israel“ spiegelt alte Vorurteile wider.

Das ist der uralte Antisemitismus, der sich in neuem Gewand präsentiert.

Ein Beispiel für eine überzogene und einseitige Kritik an Israel ist die BDS-Bewegung. Die Abkürzung steht für Boycott, Divestments, Sanctions. Sie hat zum Ziel, Israel zu diffamieren und zu delegitimieren. Sie wirft z. B. Israel ethnische Säuberungen vor und ruft zu einem Boykott israelischer Waren auf. Es gibt auf der Welt viele umstrittene Territorien. Es ist mir nicht bekannt, dass dafür auch zu Waren-Boykotten aufgerufen wird. Dies aber ausgerechnet gegenüber dem jüdischen Staat zu tun, hat einen unangenehmen Beigeschmack.

In immer größeren Teilen der deutschen Gesellschaft dient Israel gerne als Vorlage, um alte antisemitische Vorurteile zu pflegen. Gerade deshalb sollten Politiker und andere Eliten in unserem Land ihre Wertschätzung für diese einzige Demokratie im Nahen Osten zum Ausdruck bringen. Ihre Wertschätzung für ein Land, dem Deutschland so verpflichtet sein sollte wie keinem anderen auf der Welt.

Mir ist klar, dass ich hier im Kreistag und bei Landrat Nuß mit dieser Forderung quasi Eulen nach Athen trage. Denn die Partnerschaft zwischen den Landkreisen Würzburg und Mateh Yehuda existiert nicht nur seit 20 Jahren, sie ist auch seit 20 Jahren eine lebendige Partnerschaft.

Landrat Nuß hat bei seinem jüngsten Besuch in Israel benannt, was in meinen Augen den Kern dieser Partnerschaft ausmacht: die vielen persönlichen Freundschaften, die sich generationsübergreifend gebildet haben.

Die direkte Begegnung ist stets das beste Mittel, um ein anderes Land, eine andere Kultur und Religion kennenzulernen. Bei den Reisen in die israelische Partnerregion werden die Teilnehmer vor allem eines sehr schnell begreifen: Die Situation im Nahen Osten lässt sich aus 3.000 Kilometer Entfernung anscheinend leicht erklären. Vor Ort sieht das ganz anders aus. Mit simplen Schwarz-Weiß-Zeichnungen wird niemand Israel und seinen Nachbarstaaten gerecht.

Dass gerade Deutsche mehr Zurückhaltung üben in ihren Urteilen über Israel – das wünsche ich mir manchmal.

Gerade in diesen Zeiten leisten Sie im Landkreis daher mit diesem Austausch etwas sehr Wertvolles, und ich möchte mich für das Engagement des Kreises und auch von Ihnen persönlich, lieber Herr Nuß, ganz herzlich bedanken!

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

so notwendig wie Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis sind, so notwendig sind auch Begegnungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen. Denn das Wissen über das Judentum ist begrenzt. Ich bin der Main-Post sehr dankbar, dass sie mit ihrer Kolumne „Sinn und Religion“ mir regelmäßig die Möglichkeit bietet, jüdische Feiertage oder jüdisches Brauchtum den Lesern näher zu bringen.

Viel systematischer und vor allem bundesweit geht der Zentralrat der Juden dieses Thema jetzt mit Blick auf jüngere Menschen an. Wir haben das Projekt „Likrat“ gestartet, was auf Hebräisch so viel wie „aufeinanderzugehen“ bedeutet. Dafür haben wir junge Juden geschult, die jetzt in Klassen gehen, um dort mit gleichaltrigen Schülern über das Judentum zu sprechen. Die Schüler sollen schlicht merken: Der ist jüdisch und sieht genauso aus wie wir, spricht wie wir und mag die gleiche Musik wie wir. Und alle Fragen, die sie sich vielleicht beim Religionslehrer nicht trauen zu stellen, können sie hier bei den jüdischen Jugendlichen loswerden.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es bei diesen Begegnungen auch zu Spannungen und zu schwierigen Situationen kommen kann. Doch auch dafür werden die Likratinos, wie wir sie nennen, eigens geschult.

Ich denke, meine Damen und Herren, auch wenn die derzeitige Lage mit den Erfolgen der AfD, mit der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und einer gesellschaftlichen Verunsicherung nicht leicht ist, so können wir doch alle viel bewegen. Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Und wir müssen als Demokraten zusammenstehen. Letztlich zählt nicht das Parteibuch. Letztlich zählen unsere Werte und unsere demokratische Grundüberzeugung.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für das neue Jahr eine erfolgreiche Arbeit und einen guten Zusammenhalt über die Parteigrenzen und über die Grenzen des Landkreises hinweg!

Ich danke Ihnen!

Leo-Baeck-Haus

Postfach 04 02 07, 10061 Berlin

Tucholskystraße 9 10117 Berlin Tel: 030 – 28 44 56 0 Fax: 030 – 28 44 56 13

E-Mail: presse@zentralratderjuden.de Internet: www.zentralratderjuden.de

Facebook : <https://www.facebook.com/zentralratderjuden>

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann